

Lachen als Medizin

Die Bremer Klinikclowns bringen Abwechslung in den Alltag von Kindern im Krankenhaus und älteren Menschen, die in einer Pflegeeinrichtung leben. Der Verein begeht an diesem Samstag sein 25-jähriges Jubiläum. Der WESER-KURIER hat die Clowns begleitet.

Bericht Seite 11



COLLAGE: MAJETIC/NACH EINEM FOTO VON CHRISTINA KUHAUPT

ANZEIGE

GLOCKE JAZZnights

BREMEN ERLEBEN!

Dominique Fils-Aimé
»The Sunshine Tour«

Sa 24.10.2026 | 20 Uhr

DIE GLOCKE
Das Bremer Konzerthaus

ANZEIGE

ab 19.9. im Focke-Museum!

STADT GESCHICHTE(N)

playmobil

Diorama Artist
OLIVER SCHÄPPER

WESER KURIER

DROHNENFUND

Verbindung zu Leipzig wird geprüft

Wunstorf. Nach dem Fund von Drohnenteilen nahe dem Bundeswehr-Fliegerhorst Wunstorf prüft die Bundesanwaltschaft einen möglichen Zusammenhang mit dem Drohnenvorfall am Flughafen Leipzig. „Wenn ein Zusammenhang bestehen könnte, schauen wir uns das an“, sagte eine Sprecherin.

Nach Informationen aus Sicherheitskreisen handelte es sich nicht um eine handelsübliche Drohne, sondern um ein mit eigenen Bauteilen versehenes Flugobjekt. Sprengstoffspuren seien nicht entdeckt worden, dennoch sei eine gewisse Ähnlichkeit mit der Sprengstoffdrohne vom Flughafen Leipzig/Halle festzustellen. Dies und der Fundort, rund zwei Kilometer vom Fliegerhorst Wunstorf entfernt, legten den Verdacht nahe, dass es sich um einen russischen Auspähversuch gehandelt haben könnte. Die Drohne, die zufällig gefunden wurde, lag dort den Angaben zufolge womöglich schon etwas länger am Boden.

Zuvor hatte der NDR über Ähnlichkeiten der Bauweise der nahe Wunstorf gefundenen Drohnenteile zum Leipziger Fall berichtet. Ein Teil solle aus einem 3D-Drucker stammen und so nicht im Handel erhältlich sein. Die Sprecherin der Bundesanwaltschaft sagte dazu, dass sie generell keine Berichte kommentiere.

Polizei will noch weitere Teile finden

Ermittler suchen seit Anfang der Woche das schwer zugängliche Gelände in der Region Hannover ab. Sie gehen davon aus, dass die Drohne dort abgestürzt und in mehrere Teile zerbrochen ist. Ziel ist es nach früheren Angaben des LKA, auf dem Gelände noch weitere Drohnenteile sowie mögliche Hinweise auf den Eigentümer oder Drohnenpiloten zu finden. Die Suche ging auch am Freitag weiter. Auf Videoaufnahmen waren Polizisten zu sehen, die durch Felder streiften. Auch Suchhunde waren im Einsatz.

Am Flughafen Leipzig/Halle war Anfang August eine mit Sprengstoff präparierte Drohne neben ukrainischen Frachtflugzeugen gefunden worden. In dem Fall ermittelt der Generalbundesanwalt. Die Bundesregierung macht Russland für den versuchten Angriff verantwortlich. Moskau bestreitet dies.

DPA

Schottergarten-Verbot: Bremen macht Ernst

Ab dem kommenden Jahr wird kontrolliert – Achim praktiziert das bereits

VON JÜRGEN HINRICHS

Bremen/Achim. Nun wird es ernst für all jene in Bremen, die es praktisch gefunden haben oder gar schön, ihre Gärten in Steinwüsten zu verwandeln: Ab dem 1. Januar sind Schottergärten verboten. Wer sich nicht daran hält, muss mit Konsequenzen rechnen. So wie das im benachbarten Achim der Fall ist. Doch wie will der Bremer Senat vorgehen? Gibt es demnächst eine Schottergarten-Polizei?

„Zuerst sollen insbesondere die größten Flächen in den Blick genommen werden, die entgegen den gesetzlichen Vorschriften nicht begrünt sind“, teilt die Baubehörde mit. In einem ersten Schritt würden die betroffenen Grundstückseigentümer angeschrieben, über die Rechtslage informiert und zur Umgestaltung aufgefordert. „Erfolgt keine freiwillige Anpassung, kommt im Einzelfall ein bauaufsichtliches Einschreiten in Betracht.“

Werden nun also Straße um Straße die Gärten inspiziert, um möglichen Missetätern auf die Spur zu kommen? In Achim machen sie es so. Im ersten Jahr des Verbots, das dort seit 2023 in Kraft ist, wurden nach Angaben der Stadtverwaltung 1001 Vorgärten begutachtet. In 116 Fällen kam es zu einer Verwarnung. Die Grundstückseigentümer hatten ein

halbes Jahr Zeit, den Schotter zu entfernen. Taten sie es am Ende nicht, wurde der Landkreis Verden als zuständige Bauaufsichtsbehörde eingeschaltet. Dann drohten Anhörungsverfahren und im Extremfall Bußgelder.

Schottergärten sind auf dem Index, weil sie dem natürlichen Bodengefüge schaden, keine Nahrung für Insekten bieten, oft kein Wasser aufnehmen können und sich schnell aufheizen. Kein gutes Zeugnis in Zeiten des Klimawandels. Nebenbei benötigen auch solche Anlagen ein gewisses Maß an Pflege.

Luftbilder ausgewertet

In Bremen ist das Verfahren, Schottergärten zu ermitteln, ein anderes als in Achim. Es gibt laut Baubehörde eine flächendeckende Vorermittlung. Grundlage dafür sind Satellitendaten und Luftbilder, die der Bremer Raumfahrtkonzern OHB zur Verfügung gestellt hat. Streife gehen müssen die Verwaltungsmitarbeiter also nicht.

Anschließend sollen die Erkenntnisse abschnittsweise abgearbeitet werden. Nicht gleich im Streit, sondern mit einer gütlichen Einigung: „Ziel ist, durch Information und Mitwirkung die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen und kostenintensive ordnungsrechtliche Verfahren möglichst zu vermei-

den“, schreibt die Behörde. Die Umgestaltung könne zum Beispiel durch eine Fotodokumentation nachgewiesen werden. „Sobald ein rechtmäßiger Zustand hergestellt ist, wird das Verfahren abgeschlossen.“

Bei den abertausend Gärten, die es in Bremen gibt, wird es dauern, bis das Verbot auch nur annähernd durchgesetzt ist. Die Baubehörde räumt das ein: „Die Umsetzung muss im Rahmen der vorhandenen personellen Kapazitäten erfolgen. Deshalb ist ein gestuftes Vorgehen vorgesehen.“ Nach derzeitigem Stand sei davon auszugehen, dass die vollständige Umsetzung längere Zeit in Anspruch nehmen werde.

In Niedersachsen fußt das Schottergarten-Verbot einerseits auf der Bauordnung des Landes, andererseits auf einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts. Es hatte 2023 der Stadt Diepholz recht gegeben. Dort wollte sich ein Grundstückseigentümer partout nicht fügen und beharrte auf seinen Beeten im Vorgarten, die mit Kies bedeckt waren und in denen einzelne Pflanzen eingesetzt waren. Seine Argumente: Erstens gebe es ja Grün in den Beeten, und zweitens sei hinter dem Wohnhaus jede Menge davon.

Das Gericht sah es anders. Kiesbeete vorne, weil hinten genug Rasen und Pflanzen sind – diese Rechnung widerspreche der Intention des Gesetzgebers, die „Versteinierung der Stadt“ zu beschränken.

Dass Ärger ins Haus steht, wenn vom Staat in Eigentum und Gestaltung eingegriffen wird, liegt auf der Hand. In Achim hat es kürzlich den Fall gegeben, dass die Stadt einen Grundstückseigentümer zwingen wollte, sein Schotterbeet im Vorgarten zu beseitigen – eine Fläche von eineinhalb Quadratmetern. „Schildbürgerstreich oder Schikane?“, fragten sich die Gescholtenen. Weil ihnen die Pflastersteine ausgegangen waren, hatten sie Schotter genommen.

In Bremen kann das nicht passieren – Ärger womöglich auch, aber nicht wegen so etwas. Unbebaute Freiflächen bleiben bis zu einer Größe von zehn Quadratmetern beim Schottergarten-Verbot außer Betracht.



FOTO: CARMEN JASPERSEN

Verboten, auch wenn einzelne Pflanzen herausragen: Schottergärten sind auf dem Index. Ab dem Jahreswechsel wird in Bremen das Verbot kontrolliert.

SPRITPREISE

Einigung auf Tankrabbat

Berlin. Autofahrer in Deutschland sollen angesichts der hohen Spritpreise kurzfristig mit einem neuen Tankrabbat entlastet werden. Dieser soll bis Ende des Jahres gelten. Angestrebt wird laut einer Mitteilung der Bundesregierung, dass der Tankrabbat Anfang Oktober umgesetzt ist. Wird er voll weitergegeben, könnte die Entlastung 17 Cent pro Liter betragen.

„Bund und Länder werden die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen angesichts der hohen Spritpreise gemeinsam entlasten“, teilte die Bundesregierung weiter mit – kurz vor den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hatte am Dienstag Entlastungen angekündigt. Die konkreten Maßnahmen blieben aber zunächst offen. Nun ist spätestens ab Januar 2027 auch ein Spritpreisdeckel geplant, aber als Kriseninstrument und nicht dauerhaft.

DPA

Berichte Seiten 5 und 17

STEPHANIBRÜCKE

B6 wird nach Brand wieder freigegeben

Bremen. Nach dem Brand eines Lkw auf der B6 im Bremer Nordwestknoten hat die Autobahn GmbH am Freitagnachmittag Entwarnung für die Stephanibrücke gegeben. Eine aufwendige Prüfung durch Experten ergab, dass die Statik der Brücke trotz der Hitzeeinwirkung gegeben ist. Die Fahrbahnen sollten am Abend wieder für den Verkehr freigegeben werden. Für die Untersuchung war unter anderem der Asphalt geöffnet worden, damit sich die Experten das Stahlbauwerk genau anschauen konnten. Einschränkungen bleiben aber auch in den kommenden Tagen bestehen: Der Beschleunigungsstreifen vom Fly-over kommend in Richtung Delmenhorst bleibt gesperrt.

WK

Bericht Seite 11

RUBRIKEN

Lesermeinung	31
Kinderzeitung extra	32
Familienanzeigen	49-52
Fernsehen	62/63
Rätsel & Roman	64

H 7166 • 28189 BREMEN

